

vinz ernannt hatte, innerhalb des sonst für ihn eher schwierigen amerikanischen Umfelds einen Verbündeten hat: Erzbischof *Francis Stafford*.

Denn Weltjugendtage, ob in Rom oder in Buenos Aires, in Santiago de Compostela oder nun in Denver, stehen für eine bestimmte Art, als Kirche auf die Jugendlichen zuzugehen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen, Jugendliche um den Papst und Vertreter des Weltepiskopats zu versammeln. Das Programm der Treffen besteht aus Großveranstaltungen, einschließlich Gottesdiensten, sowie Katechesen, letztere in Denver fast ausschließlich von Bischöfen gehalten. Es sind geistliche Großereignisse, moderne Wallfahrten, sie bieten Gelegenheit, kirchliche Gemeinschaft unter Gleichaltrigen mit internationalem Flair zu erleben.

Entstanden sind die Weltjugendtage, darauf wies in Verbindung mit dem Treffen in Denver erneut der Vizepräsident des Laienrates, der deutsche Kurienbischof *Josef Cordes* hin, in erster Linie aufgrund des starken Echos auf entsprechende Einladungen des Papstes beim Heiligen Jahr 1984 und dem von den Vereinten Nationen ausgerufenen Internationalen Jahr der Jugend 1985. Je nach dem jeweiligen Veranstaltungsort entwickelte diese Initiative eine durchaus unterschiedliche Dynamik: 600 000 folgten der Einladung 1989 nach Santiago de Compostela. Die größte Resonanz gab es bisher 1991 in Tschenstochau: 1,5 Millionen Jugendliche feierten damals die Öffnung der Grenzen nach Mittel- und Osteuropa. Diese Resonanz hängt immer auch von anderen Faktoren ab als der bloßen Einladung durch den Bischof von Rom: In der deutschsprachigen Werbung einer eigens für die Organisation von Reisen zum Weltjugendtreffen gegründeten Arbeitsgemeinschaft innerkirchlich nicht unumstrittener Gruppierungen für Denver war optimistisch und etwas großspurig von 500 000 Jugendlichen die Rede („das weltweit bedeutendste Jugendtreffen“; „Let's meet the world“), Pressemeldungen sprachen von 300 000 Jugendlichen insgesamt, da-

von 170 000 eingeschriebene Teilnehmer.

Wie immer man zu jener im Vorfeld wie auch beim Treffen in Denver vielfach vorgeführten Mischung aus amerikanischer Verliebtheit in große Zahlen und einer *neuen katholischen Selbstgewißheit* („It's cool to be a catholic“ war auf der Fahne einer New Yorkerin zu lesen, wie der Chronist von „La Croix“ vermerkte) stehen mag – Papst und Laienrat bedienen sich bei diesen Weltjugendtagen eines bekannten Mittels: Ob es die von der *ökumenischen Brudergemeinschaft von Taizé* veranstalteten Gebetstreffen sind, die weit ins politische Italien und darüber hinaus reichenden Sommertreffen von *Comunione e liberazione* in Rimini, die Treffen der Charismatiker in Paray-le-Monial oder die „Mariapolis“ der *Focolarini*, in Deutschland – nicht zu vergessen – die Katholikentage der letzten 15 Jahre mit ihrem hohen Anteil an jugendlichen Besuchern: Trotz aller inhaltlichen Akzentunterschiede handelt es sich bei Großtreffen dieser Art offenbar um einen Phänotyp kirchlichen Lebens, der dem Bedürfnis nach Gemeinschaftserfahrung als Katholiken bzw. Christen mit Minderheitsstatus in ihren jeweiligen Gesellschaften ebenso entgegenkommt, wie er den *Mobilitäts- und materiellen Verhältnissen* der Menschen vor allem in den Industrieländern des Nordens entspricht.

Im Unterschied zu den Treffen anderer kirchlicher Gruppierungen werden mit den Weltjugendtagen jedoch unübersehbar auch *gesamtkirchliche Akzente* gesetzt, die in mancher Hinsicht nicht unproblematisch sind. Zum einen fügen sich Veranstaltungen dieser Art in das Selbstverständnis des gegenwärtigen Papstes als *Oberbischof der Universalkirche* sehr genau ein.

Zum anderen erhofft man sich in Zeiten massiver Infragestellung von Glaube und Kirche gerade auch durch Jüngere von den Weltjugendtagen *positive Gegenakzente* – oder wie es in Denver mit einem Wortspiel zu hören war: Dem des Nihilismus und Relativismus gezielten „Woodstock“ der endsechziger Jahre setzt man ein sich entschieden

werteorientiert gebendes „Popstock“ der neunziger entgegen.

Daß die Rezeption solcher Initiativen bei den Jugendlichen anderen Gesetzen gehorcht, als es die Veranstalter erhoffen, aber auch mancher Skeptiker befürchtet, ist so ernüchternd wie entlastend: Die Motive und die inhaltliche Strukturierung eines solchen Treffens sind das eine, die Motive und Erwartungen der Jugendlichen etwas anderes. Oder wie es der französische Militärbischof *Michel Dubost* ausdrückte: „Die einen Jugendlichen kommen wegen, die anderen trotz des Papstes“ (La Croix, 10.8.93). nt

## Glaubwürdig

*Misereor* übt Kritik an der deutschen Entwicklungspolitik

Deutliche Worte fielen auf beiden Seiten, vielleicht auch klärende – auf jeden Fall waren sie nötig. Bei der Vorstellung des *Misereor*-Jahresberichtes 1992 und in einem Rundfunkinterview hatte der Hauptgeschäftsführer des Hilfswerkes *Misereor*, *Norbert Herkenrath*, die gegenwärtige deutsche Entwicklungspolitik mit einigen kritischen Anmerkungen versehen, insbesondere die Höhe des deutschen Entwicklungshilfsetats – den die Bundesregierung auf dem Vorjahresstand eingefroren hat – und die Bedingungen, die mit der Vergabe von Entwicklungshilfemitteln verbunden werden.

Die Reaktion des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) in Form einer zweiseitigen Presseerklärung ließ nicht lange auf sich warten: man gab sich gleichermaßen verwundert wie verärgert über eine „Kritik als Selbstzweck“.

Zunächst zeigt diese Kontroverse einmal mehr, daß die Rahmenbedingungen für die Diskussion des so drängenden Themas „Entwicklungszusammenarbeit“ derzeit und wohl auch in

absehbarer Zukunft noch ungünstiger geworden sind, als sie es wohl immer schon waren. Die Kritik an einem faktisch geringer werdenden Entwicklungshilfeetat konterte das BMZ erwartungsgemäß mit dem Hinweis auf die dringend notwendige Sanierung öffentlicher Haushalte unter den Bedingungen einer allgemeinen wirtschaftlichen Rezession. Die Rechtfertigung für ein eingeschränktes Engagement in den „klassischen“ Entwicklungsländern mit den enormen Anforderungen in Osteuropa wurde mit einer besonderen Spitze versehen: Misereor selbst habe doch einen Rückgang beim eigenen Spendenaufkommen mit der Konkurrenz durch die neu geschaffene Hilfsaktion für Osteuropa, „Renovabis“, erklärt.

Der zweite Streitpunkt ist diffiziler und trifft einen politisch sensiblen Bereich. Mit der Kritik an den Vergabekonditionen kritisierte Herkenrath eine im Prinzip von nichtstaatlichen Organisationen ebenso wie von den kirchlichen Hilfswerken unterstützte und schon lange geforderte Orientierung der Entwicklungszusammenarbeit am Ziel der effektiveren Durchsetzung von Menschenrechten.

Der bereits in den 80er Jahren getroffenen Entscheidung der USA und der skandinavischen Länder, das Kriterium der Einhaltung von Menschenrechten bei der Vergabe von Entwicklungshilfe einzuführen, folgen seit 1991 auch die Europäische Gemeinschaft und die Bundesrepublik.

Oktober 1991 legte Bundesminister Spranger fünf Kriterien für die künftige Entwicklungszusammenarbeit vor; in dem vom Kabinett im Januar dieses Jahres verabschiedeten „Neunten Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung“ werden sie weiter ausgeführt: die Beachtung von Menschenrechten, die Beteiligung der Bevölkerung am politischen Prozeß, die Gewährleistung von Rechtssicherheit, die Errichtung einer marktorientierten Wirtschafts- und Sozialordnung und die Entwicklungsorientierung staatlichen Handelns, wobei hierunter auch die Rüstungsausgaben – sowohl quantitativ wie auch unter innen-

und außenpolitischen Gesichtspunkten – untersucht werden sollen.

Der Ansatz beim Instrument der Entwicklungshilfe für die Durchsetzung von Menschenrechten und eine „politische Konditionalität“ in der Entwicklungshilfe ist nicht unumstritten. Skeptiker befürchten, daß trotz gegenteiliger Versicherungen über den Weg der Konditionierung Mittel eingespart werden könnten. Auch erhoben einige Regierungen in den Empfängerländern den Vorwurf einer unzulässigen Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten oder sprachen unverblümt von neoimperialistischen Bestrebungen.

Fraglich bleibt auch für Menschenrechtler wie Entwicklungspolitiker gleichermaßen, welchen Stellenwert Entwicklungshilfe als Druckmittel überhaupt haben könne. Nur bei wenigen kleinen Ländern, bei der diese einen hohen Anteil staatlicher Einnahmen ausmacht, könne sie als Sanktion politisch wirkungsvoll sein. Leidtragende negativer Sanktionen seien überdies nicht die regelverletzenden Eliten in den betroffenen Ländern, sondern die, deren Lebenschancen durch Entwicklungshilfe verbessert werden sollen.

Der politisch-symbolische Wert, den der Entzug der Entwicklungshilfe in vielen Ländern besitzt, wird dagegen gemeinhin hoch veranschlagt. Und auch die grundlegende Zielsetzung von Bundesregierung und EG, vor allem auf positive Maßnahmen, auf Anreiz zur Verwirklichung von Menschenrechten zu setzen und hierfür entsprechende Mittel bereitzustellen sowie auf negative Sanktionen nur im äußersten Fall zurückzugreifen, wurde von Menschenrechts- und nichtstaatlichen Entwicklungshilfeorganisationen insgesamt positiv aufgenommen.

Die Kritik dieser Organisationen – und dies gilt gleichermaßen für die jüngsten Äußerungen Herkenraths an der deutschen Entwicklungshilfepolitik – richtet sich aber meist ohnehin nicht auf die Konzeption. Ausdrücklich unterstrich der Misereor-Geschäftsführer, die katholische Entwicklungsarbeit unterstütze die Zielsetzung, den Menschenrech-

ten mehr Geltung zu verschaffen und bessere politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen für eine effiziente Entwicklungspolitik durchzusetzen.

Kritisiert wird die „Gefahr“, daß bei der Konditionierung Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen und die Geberländer in ihrer insgesamt begrüßenswerten Zielsetzung unglaubwürdig werden; insbesondere dann, wenn *nicht für alle Länder die gleichen Standards* gelten. Hat hier doch Entwicklungshilfepolitik traditionell einen schwierigen Stand, da sie sich immer gegen ein ganzes Bündel anderweitiger Interessen behaupten muß. Ihr Hauptkonkurrent ist dabei, besonders nachdem die „Sicherheitsinteressen“ mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zurückgetreten sind, die Wirtschaft. Und auch der Misereor-Geschäftsführer hat den Finger auf die wunde Stelle gelegt, die von den Menschenrechtsorganisationen besonders häufig bemöhrt wird: die Haltung der Bundesrepublik gegenüber China, wo der Vorrang wirtschaftlicher Interessen vor allem Menschenrechtsengagement besonders offensichtlich ist.

Ein weitere, ganz entscheidende und häufig gestellte Anfrage an den Sinn und die Berechtigung der Konditionalität von Entwicklungshilfe angesichts ihrer faktischen Handhabung betrifft – und dies hat auch Herkenrath eigens betont – die meist fehlende Kohärenz der verschiedenen Politikbereiche gegenüber den Entwicklungsländern: Es reicht nicht, wenn das BMZ dem in sich „richtigen Ansatz“ folgt.

Diese Kohärenz aber, die Integration der Entwicklungspolitik in alle anderen Politikbereiche, oder umgekehrt, die Orientierung an Menschenrechten nicht nur in der Entwicklungszusammenarbeit ist entscheidend. Von daher wird auch deutlich, wie wichtig solche in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroversen für den weiteren Entwicklungsprozeß der Entwicklungszusammenarbeit sind und daß es sich dabei keineswegs um Animositäten zwischen gutmeinenden, moralisierenden Idealisten und Realpolitikern handelt. fo